

Frau  
Dr. Angela Merkel  
Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union  
Deutschlands (CDU)  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030-2 40 60-252  
Telefax: 030-2 40 60-266

Datum  
25. Oktober 2013

## **Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die gute Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ein entscheidender Faktor für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der öffentlichen Hand. Ihre Rolle als aktive Gestalterin einer solidarischen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft kann sie nur ausfüllen, wenn ausreichende Mittel für Bildung, öffentliche Infrastruktur (inklusive des Gesundheitswesens und der Pflegeeinrichtungen) und innere Sicherheit bereitgestellt werden.

Statt von finanziellen Restriktionen bestimmt zu sein, muss das Handeln des Staates gestaltend sein. Scheiden in den nächsten 15 Jahren rund 1,5 Millionen Beschäftigte von insgesamt ca. 4,6 Millionen aufgrund des Erreichens der Altersgrenze aus dem öffentlichen Dienst aus, gilt es, dem drohenden Kollaps mit Neueinstellungen und nicht mit Stellenstreichungen entgegenzuwirken. Dies kann jedoch nur dann funktionieren, wenn der öffentliche Dienst bundesweit als attraktiver Arbeitgeber und Dienstherr auftritt. Um qualifiziertes Personal gewinnen zu können, müssen die Arbeitsbedingungen modernen Ansprüchen genügen und die Beschäftigten an deren Gestaltung beteiligt werden. Doch die seit 2006 von den Dienstherrn wiederholt praktizierte „Besoldungspolitik nach Kassenlagen“ konterkariert diese Zielsetzung. War es über Jahrzehnte selbstverständlich, die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst auf die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie Richterinnen und Richter zu übertragen, werden beamteten Beschäftigten zunehmend Sonderopfer, die zu erheblichen Differenzierungen beim Besoldungs- und Versorgungsniveau führen, auferlegt.

Weiterer Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der Frage der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Eine wirksame Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen macht den öffentlichen Dienst moderner, demokratischer und attraktiver.

Die derzeitige Rechtslage beschränkt eine solche wirksame Einbeziehung der Beschäftigtenvertretungen jedoch. Aus diesem Grund haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen Vorschlag zur Reformierung des Personalvertretungsrechts unterbreitet. Dieser zeigt auf, wie die Mitbestimmungslücken im öffentlichen Dienst geschlossen, die Informations- und Beschwerderechte der Beschäftigten sowie die Arbeitsfähigkeit der Personalräte verbessert und die Mitbestimmung auch tarifvertraglich gestaltet werden können.


Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes erwarten von der neuen Bundesregierung die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu erhalten und zu stärken, insbesondere

- indem in gemeinsamer Verantwortung mit den Ländern und Kommunen der fortschreitende Personalabbau in Bund, Ländern und Kommunen gestoppt wird. Durch den Personalabbau der letzten Jahre ist die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bedroht. Soll der öffentliche Dienst handlungsfähig bleiben und auch künftige Herausforderungen bewältigen können, muss die Einnahmesituation der Länder und Kommunen verbessert werden, z.B. durch effektiven Steuervollzug, die höhere Besteuerung großer Erbschaften und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die die Substanz von Betriebsvermögen der Realwirtschaft nicht gefährdet.

- Indem dafür Sorge getragen wird, dass sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beamtinnen und Beamten in Bund und Ländern nicht weiter auseinanderentwickeln, indem die Föderalisierung des öffentlichen Dienstrechtes zurückgenommen wird und Länder und Kommunen auch finanziell in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachkommen zu können, sowie

- indem der öffentliche Dienst durch eine wirkungsvolle Mitbestimmung demokratisiert wird.

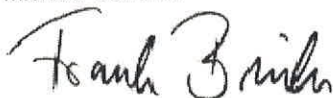
Mit freundlichen Grüßen



Michael Sommer




Elke Hannack



Frank Bsirske, ver.di



Martin Burkert, EVG



Marlis Tepe, GEW



Oliver Malchow, GdP